



Größtes Bündnis der LSBTI*-Geschichte in Deutschland gegründet: Initiative #EHEFÜRALLE erhöht den Druck auf die Politik

Irland macht's vor: Nach dem erfolgreichen Referendum dort haben sich auf Initiative des Aktionsbündnis gegen Homophobie e.V. bisher 22 Gruppen, Vereine und Verbände in Deutschland zur Initiative #EheFürAlle zusammengeschlossen. Dazu erklärt der Sprecher der **Initiative #EheFürAlle**, Dirk Ludigs: „Dies ist jetzt schon das breiteste Bündnis in der Geschichte der LSBTI*-Bewegung der Bundesrepublik! Wir haben uns zum Ziel gesetzt, mit koordinierten Aktionen den gesellschaftlichen Druck auf den Bundestag und die Kanzlerin zu erhöhen, bis die Ehe endlich auch in Deutschland für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet wird.“ Weitere Vereine und Verbände der LSBTI*-Community sind eingeladen, der Initiative beizutreten.

Die **Initiative #EheFürAlle** wird zunächst über den Sommer die bereits erfolgreiche Kampagne „Mein Ja habt ihr!“ ihres Partners „**ENOUGH is ENOUGH! OPEN YOUR MOUTH!**“ weiterführen, allerdings unter neuem Logo. Über den Sommer organisiert die Initiative auf allen CSDs Deutschlands Spendensammel-Aktionen. Diese dienen gleichzeitig der Mobilisierung der Community für die kommenden Aktivitäten der **Initiative #EheFürAlle**.

Am Mittwoch, den 24. Juni 2015 um 12 Uhr wird die **Initiative #EheFürAlle** ihre Website unter www.ehefueralle.de freischalten. Dort finden Unterstützer*Innen unter anderem den Appell der Initiative an den deutschen Bundestag, jede Menge downladbare Materialien wie Logos, Plakate, Handy-Bildschirmhintergründe etc. Gleichzeitig erhält auch die Facebook-Page der Initiative, die bereits jetzt über 8300 Follower hat, ihren neuen Look unter www.fb.com/EheFuerAlle2015. Das Aktionsbündnis gegen Homophobie e.V. hat im Rahmen der Initiative ein Spendenkonto eingerichtet. Als gemeinnütziger Verein sind Spenden an ihn steuerlich abzugsfähig.

Spendenkonto:

Aktionsbündnis gegen Homophobie

IBAN: DE55 5855 0130 0001 0103 21 **BIC:** TRISDE55XXX

Verwendungszweck: EheFürAlle.

Bei Rückfragen: Dirk Ludigs, Sprecher der **Initiative #EheFürAlle**

Telefon: +49 (0) 157 58702708

E-Mail: presse@ehefueralle.de



Anhang I

Teilnehmendenliste der Initiative #EheFürAlle

Stand 23. Juni 2015

- Landesarbeitsgemeinschaft Lesben in Nordrhein-Westfalen e.V.
- Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule und Lesbische Paare (SLP) e.V.
- Jugendnetzwerk Lambda e.V.
- Projekt 100% MENSCH
- LSVD e.V., Bundesverband
- Lesben.org
- Christopher Street Day Deutschland e.V.
- Berliner CSD e.V.
- OSPI – Orden der Schwestern der Perpetuellen Indulgenz
- Queer-Netz, Bundeskonferenz schwul-lesbischer Netzwerke e.V.
- Aktionsbündnis "Vielfalt statt Einfalt"
- Queere Bildung e.V.
- Akademie Waldschlösschen
- Aktionsbündnis gegen Homophobie e.V.
- Bundeskonferenz der schwulen, lesbischswulen und queeren Referate und Hochschulgruppen
- Initiative „ENOUGH is ENOUGH! OPEN YOUR MOUTH!“
- Deutsche AIDS-Hilfe e.V.
- Völklinger Kreis e.V.
- Wirtschaftsweiber e.V.
- PrOut ar Work Foundation
- STICKS & STONES LGBT-Karrieremesse
- 24/7UNICORN Diversity Congress



Anhang II

Appell der Initiative #EheFürAlle an den Deutschen Bundestag

Es ist Zeit: Wir fordern vom Deutschen Bundestag die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare!

In den letzten Jahren haben über 20 Staaten der Welt diesen Schritt schon getan. Die Ehe für Alle ist international zu einem Symbol für Freiheit und Gerechtigkeit geworden. Deutschland riskiert, sich von westlichen Werten abzukoppeln, wie sie von Kalifornien bis Frankreich, von Schweden bis Argentinien längst gelebt werden. Europas wichtigster Wirtschaftsstandort kann auf Dauer nicht erfolgreich bleiben ohne moderne Gesellschaftspolitik.

International und auch in Deutschland setzt sich die Erkenntnis durch, dass es nicht um Privilegien geht, die eine Mehrheit einer Minderheit zugesteht. Es geht um das Grundrecht auf Gleichbehandlung, wie es in unserer Verfassung verankert ist. Ängste und Vorbehalte, wie sie von einer Minderheit vorgetragen werden, haben sich in anderen Ländern als haltlos erwiesen. Bei einer Bürgerrechtsfrage wie dieser dürfen parteipolitische Überlegungen nicht länger eine Rolle spielen.

Der Bundestag hat jetzt die Chance, eine seit 15 Jahren andauernde Debatte zu beenden, die von vielen Bürgerinnen und Bürgern zunehmend als verletzend empfunden wird. Die Ehe für Alle bedarf keiner großen Anstrengung: Sie wird niemanden schlechter stellen. Sie wird die Solidarität in unserem Land stärken. Seit Jahren stimmt die gesellschaftliche Mehrheit der Öffnung der Ehe zu. Sie wird ein Beweis dafür sein, dass sich unser Land aus eigener Kraft zum Besseren verändern kann. Deutschland ist weiter.